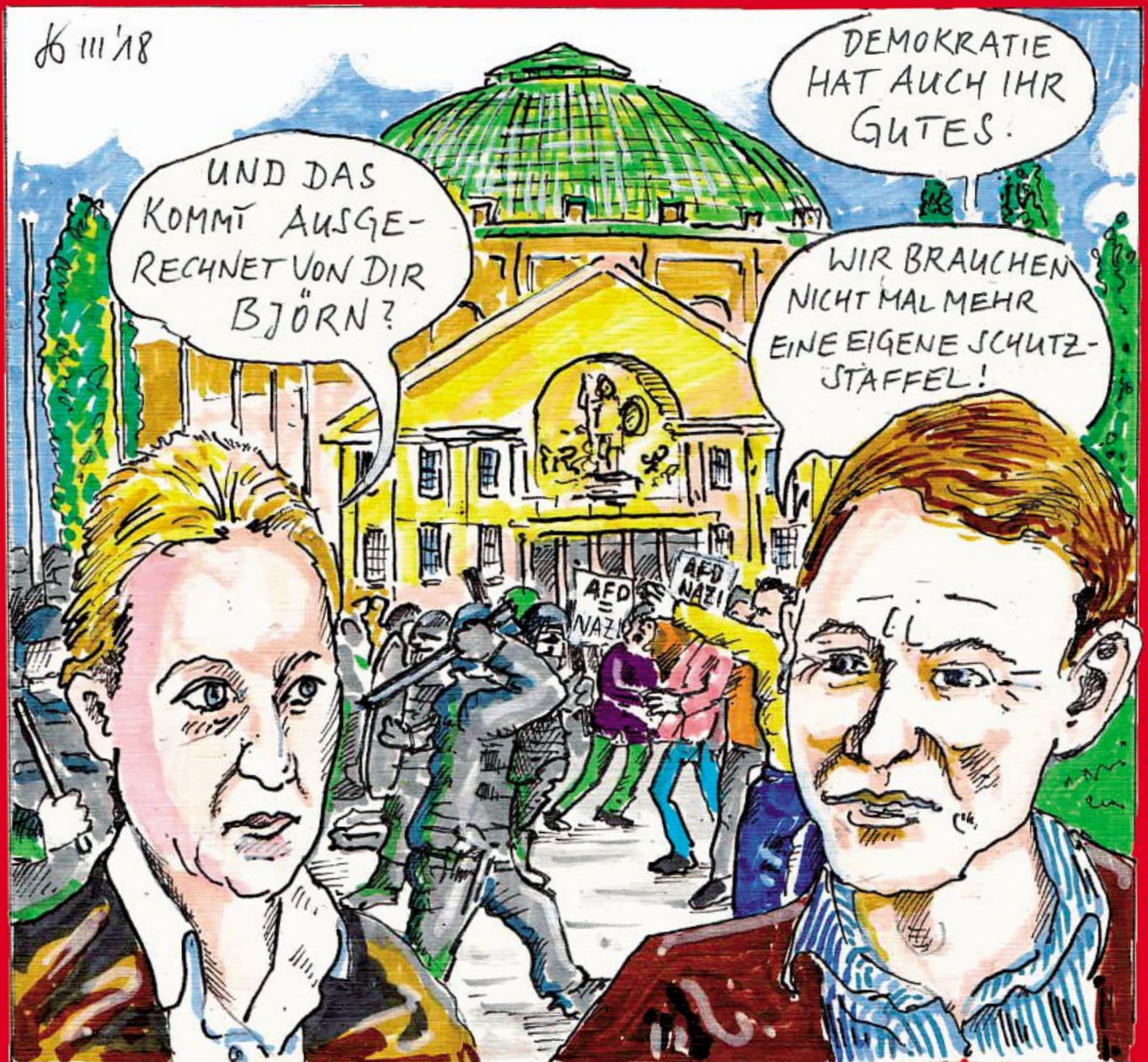


HANNOVERNEWS

Nr. 1/2018



Von den Schranken der Sprache und der Vielfalt des Lebens

Immer wieder stoßen wir auf Schwierigkeiten, wenn wir versuchen, komplexe Bereiche unserer Erfahrung sprachlich zu fassen. Besonders die Naturwissenschaften sind damit konfrontiert. Oft greifen sie dann zu Metaphern, die plausibel erscheinen, aber keine wirkliche Erklärung darstellen. Schwere, Trägheit, Elektrizität oder Magnetismus werden beispielsweise seit alters her als Kräfte beschrieben. Dieses Bild entspricht zwar unserem subjektiven Körpergefühl, hat aber nichts mit der Natur der Erscheinungen zu tun. Es hat sich bis heute erhalten, obgleich sich die Theorie erst jetzt einer Erklärung in mathematischen Modellen nähert.

Ein anderes Problem stellen Gattungsbegriffe dar. In ihnen werden meist höchst unterschiedliche individuelle Merkmale zusammengefasst, deren Abgrenzung oft willkürlich erscheint. Die Biologie hat damit zu kämpfen. Im gesellschaftlichen Bereich führt die starre Zuordnung von Individuen zu Gruppen oft zu Diskriminierung und Konflikt. In unserem Sprachraum – der angelsächsische ist davon weitgehend verschont – kommt hier das grammatikalische Geschlecht immer mehr ins Blickfeld. Berufsbezeichnungen sind durchgehend männlich. Die Regelung, die weibliche Form und die männliche Form gemeinsam zu verwenden, hat bisher höchstens in Ansätzen dazu beigetragen, traditionelle Rollenzuweisungen zwischen den Geschlechtern aufzuheben oder gar „equal pay“ durchzusetzen. In Forschung und Lehre sind Professorinnen tätig, aber eine aktuelle Erhebung in unserem Bundesland ergab nur einen Anteil von 25 Prozent Frauen in Dauerstellungen auf den Lehrstühlen. (In einem untergegangenen Staat auf unserem Territorium gab es zwar nur z. B. „Traktoristen“ und „Anlagenfahrer“, aber eine stets steigende Anzahl von Frauen in diesen Berufen, selbstverständlich bei gleichem Lohn.) Die Suche nach „geschlechtsneutralen“ Begriffen führt zuweilen bekanntlich auch zu logischen Problemen. So findet man Studentinnen und Studenten nicht nur in Hochschulen, sondern auch bei Ferienjobs, in Discos, Freibädern etc., Studierende aber nur an für ihr Studium geeigneten Orten.

Das Bundesverfassungsgericht hat jüngst – ein echter zivilisatorischer Durchbruch – die starre personenstandsrechtliche Zuweisung aller Menschen zu einem der beiden Geschlechter aufgehoben. Dies nun aber auch sprachlich zu fassen, ist schwierig. In progressiven Schriftstücken und Publikationen ist man dazu übergegangen, die Vielfalt geschlechtlicher Identitäten durch das „Sternchen“ zu kennzeichnen. Abgesehen davon, dass so die geschriebene Sprache nicht mehr in die gesprochene übersetzbar ist, könnte man fragen, ob sich Individuelles überhaupt durch ein simples graphisches Zeichen ausdrücken lässt.

Auch Christian Morgenstern hatte sich 1905 in seiner schönen Fabel vom Werwolf und dem Dorfschulmeister mit dem Problem der Vielfalt der Erscheinungen und den Grenzen der Sprache befasst. Sie soll hier im Wortlaut wiedergegeben werden.

corvus schreibt regelmäßig Kommentare zu aktuellen Fragen, besonders mit regionalem Bezug. Der Autor ist ständiges Mitglied der Redaktion.

Der Werwolf

**Ein Werwolf eines Nachts entwich
von Weib und Kind und sich begab
an eines Dorfschullehrers Grab
und bat ihn: „Bitte, beuge mich!“
Der Dorfschulmeister stieg hinauf
auf seines Blechschilds Messingknäuf
und sprach zum Wolf, der seine Pfoten
geduldig kreuzte vor dem Toten:
„Der Werwolf“, sprach der gute Mann,
„des Weswolfs, Genitiv sodann,
dem Wemwolf, Dativ, wie mans nennt,
den Wenwolf, – damit hats ein End.“**

**Dem Werwolf schmeichelten die Fälle,
er rollte seine Augenbälle.
„Indessen“, bat er, „füge doch
zur Einzahl auch die Mehrzahl noch!“
Der Dorfschulmeister aber mußte
gestehn, daß er von ihr nichts wußte.
Zwar Wölfe gäbs in großer Schar,
doch ‚Wer‘ gäbs nur im Singular.
Der Wolf erhob sich tränenblind –
er hatte ja doch Weib und Kind!!
Doch da er kein Gelehrter eben,
so schied er dankend und ergeben.**

Impressum:

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
Kreisverbände Hannover Stadt und Land,
Berliner Allee 18, 30175 Hannover,
Telefon 0511-6620-14/-15, Telefax 0511-621294,
E-Mail: gew@gew-hannover.de

Verantwortliche Redakteurin i.S.d.P.: Maren Kaminski,
Berliner Allee 18, 30175 Hannover.

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen
nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin oder
der Redaktion dar.

Gesamtherstellung: apm AG, Darmstadt.

Die GEW Hannover news erscheint
dreimal im Jahr. Auflage: 5200 Exemplare.
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Titelkarikatur: Swidbert Gerken

2. Dezember 2017

Gemeinsam gegen Rassismus

Nach seinem Einzug in den Bundestag hatte das finstere Konglomerat, das sich „Alternative für Deutschland“ nennt, zu seinem Bundesparteitag nach Hannover eingeladen. Es schien offensichtlich nicht vermeidbar, ihm dafür das monumentale „Congress Centrum (HCC)“ zu überlassen. Dabei war von vornherein zu erwarten, dass der offen völkisch-rassistische Flügel sich weiter in den Vordergrund schieben und seine Macht befestigen würde.

Dass dagegen ein sichtbares Zeichen gesetzt werden musste, war breiter Konsens. Im Gegensatz zu früheren Anlässen gelang es allerdings diesmal die Bündnisse, die traditionell gänzlich verschiedene Milieus repräsentieren, an einen Tisch zu bringen: Das gewerkschaftlich orientierte Bündnis „Unser Hannover – bunt und solidarisch“ und das Bündnis „Unsere Alternative heißt Solidarität“, das auch Kräfte der „Interventionistischen Linken“ (IL) einschloss. Um hier zu gemeinsamen Aktionen zu kommen, mussten einige Repräsentanten auf beiden Seiten wohl über ihren politischen Schatten springen. Hilfreich war dabei, dass die bundesweite Aktion „Aufstehen gegen Rassismus“ in beiden Strukturen verankert ist und auf das gemeinsame Ziel orientieren konnte.

Belagerungszustand

Innenminister und Polizeipräsident hatten schon vorab eine Linie vorgegeben, die den Protest nach Möglichkeit behindern und das sich abzeichnende breite Bündnis spalten sollte: „Wir wollen Hamburger Zustände verhindern!“ Dazu mobilisierte sie ein gewaltiges Aufgebot von schwer bewaffneten Bereitschaftskräften auch aus anderen Bundesländern, besonders bereits einschlägig Erfahrene aus Hamburg. Die Zufahrt mit Bahnen und Bussen – auch zum benachbarten Zoo – wurde gesperrt. Selbst eine ursprünglich angekündigte direkte Buslinie vom Hauptbahnhof wurde untersagt!

Entsprechend brutal war dann das Vorgehen am HCC selbst: Obgleich die Blockadeaktionen bei der Weitläufigkeit des Objekts oft nur symbolischen Charakter haben konnten, wurde gegen sie mit Knüppelinsatz und einem Wasserwerfer vorgegangen – und das bei Temperaturen am Gefrierpunkt. Ein Aktivist, der sich an einer Eisenpyramide angekettet hatte, erlitt einen doppelten offenen Unterschenkelbruch als man ihn losmachte und musste notoperiert werden!



Oben: Die Polizei kesselt nicht, sie schützt die Demoroute.
Links: Zwei der vielen Wasserwerfer, die die Demoroute säumten.

Fotos: Maren Kaminski



Der Demonstrationzug wurde schließlich mit einer Doppelreihe von Polizisten mit Helm und geschlossenem Visier eskortiert. Er wurde aufgehalten und kam verspätet zur Abschlusskundgebung.

Diese Einsätze lösten nachträglich eine lehrreiche öffentliche Debatte aus. Dirk Schulze, Geschäftsführer der IG Metall Hannover, wandte sich in einem offenen Brief an Innenminister und Polizeipräsident. Er nannte dieses Vorgehen unverhältnismäßig. Es „stellt für die IG Metall Hannover eine Einschränkung des Rechts auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit dar“, als einen Versuch der Kriminalisierung und Einschüchterung! Er machte auch auf die künftige Notwendigkeit aufmerksam, gegen die AfD oder andere rechtsradikale Umtriebe zu demonstrieren und forderte die Aufarbeitung dieser Ereignisse. Besonders solidarisierte er sich mit dem Schwerverletzten, der IGM-Mitglied ist! Bei den angesprochenen Herren stieß er allerdings auf kein Verständnis. Auch die Sprecher der Verbände, die als die Interessenvertreter der Polizisten auftreten, wiesen seine Argumente zurück. Von dem Vertreter des Bundes deutscher Kriminalbeamter konnte man den schönen Satz lesen: „Wer den ‚Schwarzen Block‘ in seinen Reihen duldet, kann sich über Doppelreihen behelmtter Polizisten nicht beschweren!“

Reinhold Weismann-Kieser



Demonstrant*innen sammeln sich vor dem HCC.

Foto: Maren Kaminski



Die GEW-Sambagruppe trommelt gegen Rechts.

Foto: Maren Kaminski



Kultur auf der DGB-Bühne.

Foto: Reinhold Weismann-Kieser

Schulen mit besonderen Herausforderungen bedürfen herausfordernder Lösungen von Land und Kommune

Seit den letzten Sitzungen des Schul- und Bildungsausschusses vom 22. November, 13. Dezember 2017 und 24. Januar 2018 wurden vermehrt Anträge gestellt, vertagt bzw. zur Beratung in die Fraktionen gezogen und nur zum Teil am 24. Januar endgültig beschlossen. Davon sei hier insbesondere von zwei Anträgen berichtet:

- Die CDU Fraktion beantragte am 22. November, dass die städtischen Zuwendungen für das Unabhängige Jugendzentrum „Kornstraße“ sofort und ersatzlos zu streichen seien. Die Begründung allerdings war keiner Fraktion – außer vielleicht der AfD – ernsthaft nachvollziehbar, da sie inhaltsleer und trotzig pubertär wirkte. Die Begründung bezog sich nach dem Motto „Ätsch-bätsch“ auf die Äußerung von Dirk Wittenberg (Sprecher des Jugendzentrums), „Man könne die Arbeit auch dann fortsetzen, wenn die Zuwendungen der Stadt nicht mehr kämen“ (HAZ vom 2. September 2017). Abgesehen davon, dass sich bei einer Begehung des Ortes durch die Fraktion „Die Linke/Piraten“ die Äußerung als aus dem Zusammenhang gerissen herausstellte, bekundeten einmütig die Ampel-Fraktion (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP), die Linken/Piraten und „Die Fraktion“ ihre Anerkennung für die nachhaltigen und selbstorganisierten Projekte der „Korn“ in verschiedensten Bereichen. Der bittere Wermutstropfen ist für alle die Duldung des Vereins „Rote Hilfe“, aber noch wichtiger erscheint die Erhaltung der politischen Vielfalt. Angestachelt von diesem Thema holte Ratscherr Karger (AfD) weit aus und „bestäubte“ (sein Wortlaut) den Ausschuss mit „Erlebnisberichten“ vom Parteitag der AfD in Hannover und über den G20-Gipfel in Hamburg, was seiner Meinung nach den sofortigen Stopp von Zuwendungen dieses „gewaltbereiten Vereins“ nach sich ziehen müsste. Darauf konterte „Die Fraktion“ süffisant, dass es gar nicht erst zu Ausschreitungen käme, wenn die AfD ihre Reihen von rechtsextremistischen Vertretern säubern würde. Auf den Boden der unverfänglichen Sachlichkeit holte schließlich die Äußerung der FDP-Fraktion den Ausschuss: Man sollte nicht unbeachtet lassen, dass die Stadt „charmanterweise“ die Miete der Lokalität keinen Euro koste, da die „Kornstraße“ sie selbst trage. Der Wortabschlag endete im Januar nun damit, dass der Antrag der CDU-Fraktion mit großer Mehrheit abgelehnt wurde und somit die „Korn“ weiterhin Zuwendungen erhält.

- Dagegen wurde der schon im Dezember gestellte Ampel-Antrag zu einem Konzept zur Unterstützung von Schulen mit besonderen Herausforderungen sofort von der CDU-Fraktion und nun auch im Januar von „Der Fraktion“ zur Beratung in die Fraktionen gezogen. Damit liegt der für manche Schulen überlebenswichtige Antrag weiterhin in einer gefühlten Warteschleife, während die täglichen „besonderen Heraus-

Susan Bartels de Pareja, Lehrkräftevertreterin im Schul- und Bildungsausschuss der Landeshauptstadt Hannover, Lehrkraft an der GS Ahlem, Mitglied im Schulbezirkspersonalrat Hannover und stellvertretende Vorsitzende der GEW Region Hannover



forderungen“ an diesen Schulen kaum noch zu meistern sind und dazu führen, dass der Schulablauf und die Kollegien kurz davor sind, an den Herausforderungen zusammenzubrechen. **Der mithin wichtigste Satz des Antrags ist die Forderung, dass das Land endlich Verantwortung übernimmt und es ermöglicht, unkonventionelle Wege zu gehen.** Die Stadt allein kann solche komplexen Problemzusammenhänge nicht lösen. Sie wirken wie kleine Pflaster auf schulischen Brennpunkten, die zum Flächenbrand werden könnten. Die schon im Frühjahr 2017 beauftragte Planung und Einrichtung sogenannter („SOS“)-Pools zur Unterstützung von Schulen erstickt geradezu unter der verwaltungstypischen Schwerfälligkeit. Die Veröffentlichung von möglicherweise nicht haltbaren Kriterien bei der Erhebung zur Auswahl der Schulen im Programm Schulsozialarbeit könnte für die Verwaltung wegen der öffentlichen Kritik zum Eigentor werden. Dementsprechend bohrte am 24. Januar der Schulleiter der GS Mengendamm in der Bürgerfragestunde auch in den schwachen Punkten mit ganz konkreten Fragen nach. Dem Schul- und Bildungsausschuss wurden die Kriterien dagegen nur zur Kenntnisnahme vorgelegt. Dabei sollte mittlerweile sowohl bei allen in Schule Arbeitenden als auch in der Schulverwaltung hinlänglich die Erkenntnis gereift sein, dass sich das sogenannte Gießkannenprinzip von Unterstützungsmaßnahmen als ineffektiv und Ressourcen verschlingend erwiesen hat. Der im Antrag geforderte **unkonventionelle Weg** wäre z. B., dass das Bildungsbüro, welches u. a. ursprünglich für die Koordinierung gezielter Unterstützung eingerichtet wurde, sofort und konkret die Arbeit aufnimmt und **in direkter Kommunikation mit den** (allseits sowieso bekannten) **Schulen mit „besonderen Herausforderungen“** eruiert, welche Unterstützung schnellstmöglich benötigt wird, damit diese gezielt und effektiv umgesetzt wird und den wirklich Betroffenen zugutekommt.

Susan Bartels de Pareja



Besuch einer Brennpunktschule, die so nicht genannt werden soll

Vor der Landtagswahl im Oktober war häufig in der Zeitung von ihnen zu lesen, den „Brennpunktschulen“ in der Landeshauptstadt. Heute sind wir etwas schlauer, der Titel „Brennpunktschule“ ist stigmatisierend, er soll öffentlich nicht benutzt werden. Ob denn durch eine andere Bezeichnung deren Probleme gleich weniger werden? Zumindest könnte es, gemessen an der Anzahl der Presseveröffentlichungen, die nach der Wahl deutlich abgenommen haben, zu diesem Eindruck kommen.

Um dieser Frage nachzugehen und um uns einen eigenen Eindruck von der Situation zu machen, kam uns eine Einladung von Karin Haller, Leiterin der Peter-Ustinov-Schule in Hannover-Ricklingen sehr gelegen. Die Peter-Ustinov-Schule ist eine von drei Oberschulen in Hannover. Eine Schulform, die von Seiten der Ratspolitik lange strikt abgelehnt worden war. Im Zuge der steil nach unten gehenden Schüler*innenzahlen an Hauptschulen war dann die Einrichtung der Oberschulen angeblich unumgänglich geworden. Für die Umwandlung in eine IGS waren die Schulen zu klein. Oberschulen sind kleine, überschaubare, integrative Systeme und locken zudem mit einer geringeren Stundenverpflichtung als Haupt- oder Realschulen. Eine didaktische Leitung und ggf. ein/e zweite/r Konrektor*in können hinzukommen. Böse Zungen behaupten, diese die Haupt- und Realschulen ersetzende Schulform sei weiterhin notwendig, um Abschlüssen zu ermöglichen. Diese Vermutung wird in allerschärfster Form empört zurückgewiesen.

Nun gut. Es ist ja auch eine Debatte, die sich durch geschaffene Fakten überlebt hat. Zudem ist sie eine, die dem Kollegium der Peter-Ustinov-Schule ein Lächeln in die Gesichter treibt. „Wir arbeiten hier wie eine Förderschule mit großen Klassen“, so die punktgenaue Beschreibung der Situation. Die Details zum Arbeitsalltag der Kolleg*innen lassen den Atem stocken. Viele Kinder, darunter etliche aus Familien mit Sinti- und Roma-Hintergrund, erscheinen in der Schule nur deshalb mehr oder weniger regelmäßig, weil Kolleg*innen sie morgens von zu Hause abholen und zur Schule mitnehmen. Das alles freiwillig und oben drauf. Von den etwa 300 Schüler*innen bringen 90 Prozent einen Migrationshintergrund mit. Darunter finden sich hier geborene Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse. Seit einigen Jahren kommen Kriegsflüchtlinge hinzu, diese aber mit ganz unterschiedlichen Schulerfahrungen, bis hin zu denen, die als 10- oder 12-Jährige in ihren Herkunftsländern so gut wie nie eine Schule besucht haben. Viele von ihnen sind traumatisiert. Und trotzdem sollen Rahmenrichtlinien, Curricula und Leistungskontrollen umgesetzt und durchgeführt werden. Dabei sind sich alle einig: der Tagesablauf wird fast ausschließlich durch sozialpädagogische Herausforderungen bestimmt. „Der Unterricht heute war furchtbar, aber das Volleyballturnier danach hat richtig Spaß gemacht!“, berichtet eine Kollegin.

Immer wieder kommen Beispiele und Ideen, was umgesetzt werden müsste, um den Kolleg*innen ihre Tätigkeit zu erleichtern, und um den Kindern einen Schulbesuch zu ermöglichen, aus dem sie langfristig eine Perspektive entwickeln können. Die Bedeutung dieser Schule ist weit höher, als dass sie Wissen vermittelt. Sie ist eine letzte Sozialisierungsinstanz, sie ist Ort von sozialen Erfahrungen, sie ist Grundlage für eine Tagesstruktur, sie

ist für viele Kinder ein Schutzraum und oft die einzige Möglichkeit von Erfahrungen der Selbstwirksamkeit, sie leistet Integration in Gesellschaft und Kultur, sie ist der Ort, um Sprache zu lernen.

Die Frage danach, ob und wie Schulen, die ähnliche Bedingungen bei der Zusammensetzung der Schüler*innenschaft aufweisen, genannt werden, ist nun wirklich zu vernachlässigen. Die personelle Ausstattung müsste derart angehoben werden, dass eine dauerhafte Arbeit in Kleingruppen gewährleistet werden kann. Lernen funktioniert bekanntermaßen über Beziehungsarbeit. Dafür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden. Das Abweichen von den starren Vorgaben von Lehrplänen muss ermöglicht werden. Wenn Schulen ein so heterogenes Gefüge aufweisen, dass dies zu einer Überlastung von Lehrkräften und zu einer Überforderung von Schüler*innen führt, muss dem Rechnung getragen werden. Ob und wie von den Zeiteinheiten abgewichen werden kann, wie alternative Unterrichtsangebo-



Kolleg*innen der Peter-Ustinov-Schule mit Vertretern der GEW Hannover.

Foto: Maren Kaminski

te und produktive Auszeiten ausgestaltet werden können, wissen die Kolleg*innen sehr genau. Das Kollegium der Peter-Ustinov-Schule bringt ein breites Spektrum an multiprofessionellen Qualifikationen mit, die Zusammenarbeit ist hier längst erprobt und alltäglich.

Der Besuch der Schule hinterlässt einen bleibenden Eindruck. Trotz der Schilderungen des beruflichen Alltags ist von Resignation wenig zu spüren. Diese Leidenschaft und der Einsatz für das Wohl der Kinder ist schlicht bemerkenswert. Die Art und Weise, wie über die Schüler*innen gesprochen wird, ist durchweg respektvoll, getragen von dem Willen, ihnen Unterstützer*in zu sein. Niemals fällt ein abfälliges Wort. Hier herrscht ein Menschenbild vor, das jedes Kind individuell mit den eigenen mitgebrachten Erfahrungen und kulturellen Hintergründen betrachtet. Das ist eine Form von Empathie, die beispielhaft ist.

Um diesen Einsatz anzuerkennen, sind politische Entscheidungsträger*innen gefragt, die notwendigen Maßnahmen endlich umzusetzen und die Arbeitsbedingungen zu schaffen, damit den außergewöhnlichen Herausforderungen konstruktiv begegnet werden kann!

Maren Kaminski

Zur Gründung des KV Region

Glückwunsch, Hannover!

Betrachtungen einer binnensturm-trainierten GEW-Seniorin

Hätte man ein Begriffe-Ranking aufstellen wollen während der ultimativen Vereinigungs-MV der beiden Kreisverbände, hätte das Wort „HISTORISCH“ eindeutig den ersten Platz belegt. Ja, es stimmt: es war ein langer Weg, den die Vorstände der bislang getrennten Kreisverbände zurückgelegt haben, und da lohnt sich durchaus mal ein Blick zurück. Ich bin 1970 in die GEW eingetreten, zeitgleich mit dem Beginn meines Schuldienstes – in einer bildungspolitischen Sturm- und Drangphase, in der das Bewusstsein sowohl für eine starke Interessenvertretung der

Fokus, die Strukturen der GEW förderten die Kirchturmpolitik, jeder Kreisverband konnte und wollte sein eigenes Süppchen kochen und seine Budget-Hoheit verteidigen, jede Fachgruppe hielt sich für den Nabel der pädagogischen Erkenntnis und wusste genau, dass die „anderen“ schief lagen mit ihren Bildungszielen. Die Realschulkolleg*innen waren die misstrauisch beäugten Aufsteiger, die Gymnasialkolleg*innen die akademisch volksbildungsfernen Exoten, und wer etwa sogar „Karriere“ machen wollte durch Bewerbung auf einen Schulleitungsposten, gehörte sowieso nicht mehr zur basisdemokratischen Gemeinschaft. Gleiches galt für GEW-interne Funktionen: Wer sich bereit erklärte, eine „Führungs“rolle zu übernehmen in Kreisverbänden oder Fachgruppen, machte sich damit sofort verdächtig und musste sich auf harsche Kritik aus der „Basis“ einstellen. Die Lust an der Selbstzerfleischung konnten wir uns allerdings nur leisten, solange wir genügend Kolleg*innen hatten, denen das Engagement für die GEW ausreichend wichtig war, um diesen nebenamtlichen Stress auszuhalten. Man kann sich das heute kaum noch vorstellen, aber Fakt ist, dass die strukturelle Besonderheit der GEW in der gewerkschaftlichen Landschaft schon immer auf ehrenamtlicher Opferbereitschaft fußte, und DAS hat sich bis heute nicht wesentlich geändert.

Wir haben uns in den letzten Jahren damit arrangieren müssen, dass die Quote der GEW-Mitgliedschaft rückläufig ist. Das ist schmerzlich, hat aber den Vorzug, dass wir allmählich gelernt haben, unseren internen Kleinkrieg als wenig zielführend wahrzunehmen. Die Vorstände von Hannover Stadt und Land haben schon vor Jahren begriffen, dass nur eine konstruktive Zusammenarbeit die Gewähr bietet für erfolgreiche GEW-Arbeit, dass die Identifikation der GEW-Mitglieder sich nicht mehr vorrangig an der Zugehörigkeit zu Fachgruppen oder Kreisverbänden festmacht und dass wir unsere übergreifenden bildungspolitischen Ziele nur mit einer Bündelung unserer personellen und finanziellen Ressourcen erreichen können. Klingt vernünftig, ist es auch – und dennoch brauchte es beträchtliches Durchhaltevermögen und geduldige Überzeugungsarbeit, bis auch die letzten Zweifler akzeptieren konnten, dass die Aufgabe von „Finanzhoheit“ und bezirksinternem Stimmrecht, mit dem damit einhergehenden „Bedeutungsverlust“, nicht den Untergang der tradierten Basisdemokratie einläuten würde. DIE funktioniert sowieso nicht mehr, in Ermangelung eines massenhaften Basis-Engagements und die Zeiten von Kampfkandidaturen sind wohl endgültig Geschichte.

Als altgedientes, aber nostalgiefreies GEW-Mitglied bin ich dankbar dafür, dass unsere Vorstände klug, zäh und gründlich den Weg bereitet haben für den organisatorischen Zusammenschluss – ein unabdingbarer Schritt in Richtung Zukunftsfähigkeit der GEW und insoweit tatsächlich ein „historischer“ Paradigmenwechsel. Ich freue mich darüber.

DANK an alle Aktivist*innen dieses Mammut-Unternehmens, und nochmal: GLÜCKWUNSCH, HANNOVER! **Irmela Weinhardt**



Foto: Khorzhevskaja – Fotolia.com

Lehrkräfte als auch für die Notwendigkeit eines bildungspolitischen Reformprozesses bei uns Junglehrer*innen so ausgeprägt war, dass die Zugehörigkeit zur GEW ein ziemlicher Selbstläufer war (seufz – DAS waren noch Zeiten...). Was allerdings damals in nächstelang ausgetragene Diskussionen mündete, in ideologisch aufgeheizte Debatten zwischen den „alten“ Repräsentanten des früheren Lehrervereins und den „jungen Wilden“ vom AjLE (= Ausschuss junger Lehrer und Erzieher), in Kampfkandidaturen auf allen Ebenen – lustig war das nicht immer, dafür aber zuverlässig äußerst dynamisch. Und wie das so ist in einer engagiert-chaotischen Aufbruchsstimmung: es dauerte nicht lange, bis man den „Feind“ nicht mehr vorrangig in der Kultusbürokratie ausmachte, sondern in der eigenen Organisation. War ja auch einfacher: Man hatte tatsächlich existierende Personen im

REVONNAH-Kunst der Avantgarde in Hannover 1912 bis 1933



Fotos: Hans-Jürgen Martini



Erstaunlich viele GEW Seniorinnen und Senioren zog es auf den letzten Drücker ins Museum. Und das hatte Gründe: Eine lebendige und selbstbewusste Periode der hannoverschen Kunstgeschichte, im Zusammenhang mit den künstlerischen Strömungen jener Zeit, ließ diese Epoche in der Sonderausstellung neu aufleben. Im Sauseschritt und äußerst lebendig führten uns Friederike Otto und Dr. Carmen Putschky in zwei Gruppen durch die Ausstellung und erläuterten, wie Hannover zu einer „modernen Kunststadt“ wurde.

Ein Schwitters-Zitat stand am Anfang des Rundganges:

„Liest man aber Hannover von hinten, so ergibt sich die Zusammenstellung dreier Worte: ‚re von nah‘. Das Wort ‚re‘ kann man verschieden übersetzen. Ich schlage die Übersetzung ‚rückwärts‘ vor. Dann ergibt sich also die Übersetzung des Wortes Hannover von hinten: ‚Rückwärts von nah‘. Und das stimmt insofern, als dann die Übersetzung des Wortes Hannover von vorn lauten würde: ‚Vorwärts nach weit‘. Das heißt also: Hannover strebt vorwärts, und zwar ins Unermessliche.“

Hannovers „künstlerische Avantgarde“ hatte ihren Ursprung in privaten Initiativen. Herbert von Garvens, ein Pumpen- und Maschinenfabrikant, begann vor dem Ersten Weltkrieg eine Sammlung abstrakter Maler anzulegen. Fritz Beindorff, Leiter der Pelikanwerke, und Hermann Bahlsen, Gründer der Keks-Fabrik Bahlsen, trugen ebenfalls eine beachtliche Zahl von Werken expressionistischer Künstler zusammen. Die hannoversche Ausprägung des Expressionismus, einer eher konservativen Provinzhauptstadt, hatte jedoch zunächst einen schweren Stand. Der damalige traditionsbewusste Stadtdirektor Tramm (Stadtdirektor 1891 bis 1918) lehnte alles Progressive ab. Aber Albert Gideon

Brinckmann, der 1912 Direktor des städtischen Kestner-Museums wurde, stellte zeitgenössische Künstler aus und erwarb zahlreiche Werke moderner Künstler. Mit der Gründung der Kestner-Gesellschaft 1916 fanden vermehrt Ausstellungen mit expressiv und abstrakt arbeitenden Künstlern statt. Im Provinzial-Museum ordnete Alexander Dorner, Privatdozent an der TH-Hannover, ab 1920 die Kunstsammlungen neu und erweiterte sie.

Ein Teil der Ausstellung im Sprengel-Museum spiegelt die Zeit um den Ersten Weltkrieg mit kriegskritischen Gesinnungen wider (Otto Gleichmann), aber man sieht auch leuchtende Bilder, die eine gelöste, friedliche Stimmung zeigen (Martel Schwichtenberg, Ernst Thoms). Kurt Schwitters zählte zu den wichtigsten Künstlern in der Weimarer Zeit. Seiner Initiative ist es zu verdanken, dass Künstler wie El Lissitzky und Laszlo Moholy-Nagy nach Hannover kamen. Auch die Bildung von Künstlergruppen, „abstrakten hannover“ und „Hannoversche Sezession“, sind den Kontakten Kurt Schwitters zu verdanken.

Berühmt geworden ist Kurt Schwitters dadurch, dass er 1918/19 begann Collagen herzustellen. Er nannte die neue Gestaltung mit unterschiedlichsten Materialien MERZ-Kunst; eine Kunst, in der er Formen und Inhalte aus ihrer ursprünglichen Bedeutung löste und zu einer neuen Bildgestaltung zusammenfügte. *„Kaputt war sowieso alles und es galt, aus den Scherben Neues zu bauen. Das aber ist MERZ.“* MERZ hat seinen Namen aus der zweiten Silbe von ComMERZbank.

Aber dann kamen die Nationalsozialisten und all diese anerkannten fortschrittlichen Aktivitäten fanden ein jähes Ende.

Gut angekommen ist der Besuch dieser beeindruckenden Ausstellung mit Bildern, die Geschichten erzählen und Geschichte geworden sind. Man musste sich auf etwas einlassen, das aus dem Gewohnten in ungewohnte Sichtweisen hinausführte.

Die Führungen begannen mit einem Schwitters-Zitat und endeten auch damit: *„Das Ziel ist ernst, aber der Weg ist humorvoll.“*

Inge Martini

Terminreminder an unsere Mitgliederversammlung

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

wir möchten Dich herzlich an unsere erste ordentliche Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Region Hannover erinnern.

Wir erwarten gleich zwei Antrittsbesuche. **Kultusminister Grant Hendrik Tonne** wird uns die bildungspolitischen Vorhaben der Landesregierung skizzieren, unsere **Landesvorsitzende Laura Pooth** wird dies aus Sicht der GEW kommentieren.

Die Mitgliederversammlung findet am **Mittwoch, 7. März 2018**, in der Zeit von **17 bis 20 Uhr** im **DGB-Haus, Otto-Brenner-Straße 1** in Hannover statt.

Folgende vorläufige Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Begrüßung
2. Beschluss über die Tagesordnung
3. Was bedeuten Innovation, Sicherheit und Zusammenhalt in Bezug auf die Bildungspolitik in Niedersachsen? **Kultusminister Grant Hendrik Tonne** skizziert die Vorhaben der Großen Koalition
4. Die **Landesvorsitzende Laura Pooth** erläutert Vorhaben und Forderungen der GEW
5. Aussprache und Diskussion
6. Anträge
7. Berichte
8. Wahlen
 - a. Wahl der/des Vorsitzenden
 - b. Wahl einer/eines Schatzmeisterin/Schatzmeisters
 - c. Wahl einer/eines stellvertretenden Schatzmeisterin/Schatzmeisters
 - d. Wahl einer/eines Schriftführerin/Schriftführers
 - e. Wahl von stellvertretenden Vorsitzenden
 - f. Wahl der Kassenprüfer*innen

Damit wir die Versammlung gut vorbereiten können, bitten wir um eine Anmeldung an gew@gew-hannover.de

BILDUNGS-KONFERENZ

12. März 2018 – 12:30 bis 18:00 Uhr – Sprengel Museum

GRAMMATIK MACHEN WIR SPÄTER

Bildung als Chance für junge neu Zugewanderte

Fachvorträge von

- **Johanna Griebach**
Mercator-Institut für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache der Universität Köln
- **Mona Massumi**
Zentrum für LehrerInnenbildung (ZfL) der Universität Köln
- **Prof. Dr. Henri Seukwa**
Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg

Anmeldung
bildungskonferenz@hannover-stadt.de
www.hannover.de/bildungskonferenz

HANNOVER

LANDESHAUPTSTADT HANNOVER

Schließzeiten der GEW-Geschäftsstelle während der Osterferien:

In der Zeit vom **19. März bis 3. April** bleibt die Geschäftsstelle geschlossen.

Wir wünschen euch sonnige und erholsame Ferien!
Euer Geschäftsstellen-Team

Foto: Paulista – Fotolia.com

GEW-Sommerfest

15⁰⁰ Kaffee und Kuchen

16⁰⁰ Jubilar-ehrung

16³⁰ Zirkus-Vorstellung

17³⁰ Grillen

15 Mitmachzirkus
★ Schnupperkurs mit der ★

17 GEW-Sambagruppe

Im Garten des Hauses der Jugend,
Maschstraße 22 - 24,
30169 Hannover

Bitte bis zum **15.06.** unter
gew@gew-hannover.de
anmelden!

23.06.2018 • 15:00 Uhr